



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/115

20. September 1948

Wie ich Düsseldorf sah

Von Friedrich Stampfer

Von einem alten Sozialdemokraten, der nach jahrelanger erzwungener Abwesenheit nachhause kommt und seine Partei wiederfindet, darf man nicht erwarten, daß er ein unbefangener Kritiker sein wird. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Freude über das große Erlebnis alle anderen Empfindungen und Erwägungen weit zurückdrängt. Zur Freude gesellt sich das Gefühl des Dankes für alle, die unter den schwierigsten Umständen der gemeinsamen Sache die Treue gehalten und die, als der äußere Druck geschwunden war, in fabelhaft kurzer Zeit und mit staunenswertem Erfolg das Wunder der Wiederaufrichtung vollbrachten.

Der Parteitag von Düsseldorf hat gleich seinen Vorgängern von Hannover und Nürnberg gezeigt, daß die Partei wieder da ist und marschiert. Das ist viel wichtiger, als die Frage, ob alle ihre Bewegungen mit allen Regeln eines alten Exerzierreglements übereinstimmen. Und müßte nicht schon die herrliche Haltung der Berliner und der ganzen Partei in der Frage Berlins Grund genug sein, über kleine Schönheitsfehler hinwegzusehen?

Die Sozialdemokratische Partei ist die einzige Partei Deutschlands, die alle Stürme überstanden hat, die unmaskiert und unverkleidet unter ihrem alten ehrlichen Namen durch alle Prüfungen gegangen ist. Schicksalsschläge zerbrechen uns oder sie machen uns härter. Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht zerbrochen, sie ist härter geworden. Sie steht nicht am Ende ihrer Laufbahn, wie Kleingläubige vor 15 Jahren glaubten, sondern am Anfang.

Dazu kommt noch ein anderes. Wer nach Jahren voll furchtbarer Ereignisse und ungeheurer Veränderungen nach Deutschland zurückkommt, hat viel zu- und umzulernen. Auch das eindringlichste Studium von außen vermag die unmittelbare Anschauung nicht zu ersetzen. Nie und nirgend waren die Verhältnisse komplizierter. Keine Partei hat jemals noch vor so unermesslich schweren Aufgaben gestanden. Das ist ein Grund mehr, mit Kritik vorsichtig zu sein.

In großen Linien gesehen scheint die Situation folgende zu sein: Der Druck der Besatzung, die Wirtschaftsnöte und die neue Bedrohung der Demokratie durch die totalitäre Gewalt des

Ostern sprechen für eine enge Zusammenarbeit der großen Parteien. Auf der anderen Seite wird eine solche Zusammenarbeit durch die Macht der Besitzinteressen in der CDU empfindlich gestört. Leute, die an der Schärfe der Polemik gegen jene Interessentengruppen Anstoß nehmen, vergessen den Ernst der inneren Situation, der sich aus der zunehmenden Schärfe der sozialen Spannungen ergibt. Selbst diejenigen, die aus Überzeugung für "freie Wirtschaft wie in Amerika" eintreten, sollten nicht übersehen, was es für die Masse der arbeitenden Menschen bedeutet, wenn die jetzt zum Verkauf ausgebreiteten Güter für sie unerreichbare Schätze sind. Übrigens ist es an der Zeit, mit der Legende von der ungebundenen Wirtschaft Amerikas aufzuräumen. Auch jenseits des Ozeans ist die Reglementierung der Wirtschaft durch den Staat ziemlich weit vorgeschritten. Seltsam war es, den Sturm gegen die Preiskontrolle in Deutschland zu erleben, während Präsident Truman sie für Amerika empfahl.

Was an der inneren Zusammensetzung des Parteitagés dem von draußen kommenden Beobachter auffiel, war ein verstärktes Hervortreten des akademischen Elements. Das ist eine erfreuliche Erscheinung, und wahrscheinlich hat die Partei nicht zuviel Akademiker, sondern viel zu wenig, doch sollte die Kehrseite der Medaille auch nicht übersehen werden. Nichts wäre falscher als von Neuem das Evangelium der schwierigen Faust zu predigen, das schon genug Schaden angerichtet hat. Unvergessen soll sein, was die Partei Akademikern wie Ludwig Frank, Eduard David und Wolfgang Heine verdankt. Die Bedeutung dieser Männer wurde dadurch noch erhöht, daß Männer aus der Arbeiterklasse wie August Bebel, Friedrich Ebert, Karl Legien, Otto Hue und viele andere ebenbürtig neben ihnen standen. Besteht noch jetzt die Gefahr, daß dieses gesunde Gleichgewicht gestört wird? Dem Akademikertum blieb auch im Dritten Reich, wenn auch unter ungeheuerlich erschwerten Umständen, die Möglichkeit der Existenz und Weiterentwicklung, während die Arbeiterbildung - bis dahin durch Jahrzehnte sorgfältig gepflegt - gewaltsam zu einem vollständigen Stillstand gebracht wurde. Das gibt der akademisch geschulten jungen Generation vor der Arbeiterjugend einen gewaltigen Vorsprung. Das Problem, das auf diese Weise entstanden ist, kann nicht durch ein künstliches Zurückdrängen der Akademiker gelöst werden - wir sollen vielmehr froh sein, daß wir sie haben - sondern nur durch eine intensive Förderung der Jugendbildung außerhalb der Universitäten. Es war kein Zufall, daß nach der Katastrophe von 1918 die besten Kräfte der Erneuerung aus den breiten Schichten des Volkes kamen. Dieser Kräfte bedarf Deutschland nach seinem neuen furchtbaren Sturz in noch höherem Maße.

Es war erfreulich, zu sehen, daß männliche und weibliche Arbeiterjugend an den Arbeiten des Parteitagés lebhaft Anteil nahm. Ihr jede Förderung zuteil werden zu lassen, deren sie bedarf, um dem strengen Gebot der Zeit gerecht zu werden, ist eine der größten und wichtigsten Aufgaben, vor die sich die deutsche Sozialdemokratie jetzt gestellt sieht.

Amerikas militärische Stärke

sp. Die USA waren das erste Land, das nach der Beendigung des zweiten Weltkrieges seine Streitkräfte auf ein Minimum reduzierte und seine Wirtschaft weitestgehend wieder auf die Friedensproduktion umstellte. Die zunehmenden politischen Spannungen haben die USA-Regierung jedoch in den letzten Monaten zu der Überzeugung gebracht, dass die militärischen Streitkräfte der USA erhöht werden müssen, wenn die Sicherheit des Landes nicht gefährdet werden soll. Amtliche Zahlen über die neue Wehrpolitik fehlen aus begrifflichen Gründen; eine erste grössere Zusammenstellung der amerikanischen Rüstungsmassnahmen ist in einem Artikel des Londoner "Daily Express" enthalten, dem diese Ausführungen entnommen sind.

So wurde beschlossen, bis 1949 die Gesamtstreitkräfte von jetzt 1.400.000 auf 1.758.000 Mann zu erhöhen und vor allem die amerikanische Luftflotte weiter auszubauen, da man ihr bei der Abwehr eines Angriffs die Hauptrolle zugeordnet hat. Man hat sich weiter die Ansicht der Militärsachverständigen zu eigen gemacht, dass die USA die Wiederaufrüstung Westeuropas übernehmen müssen. Den westeuropäischen Staaten stehen bisher lediglich 14 schlecht ausgerüstete Divisionen zur Verfügung, die mit amerikanischer Hilfe auf 45 motorisierte Divisionen gesteigert werden sollen. Amerikas Luftwaffe soll in Zukunft 70 Gruppen umfassen, unter denen sich 25 Gruppen Düsenjäger und 26 Düsenbomber-Gruppen befinden sollen. Insgesamt soll die US-Luftwaffe über 20.450 Flugzeuge verfügen, davon 8.000 für die erste Linie. Da ausserdem die amerikanische Flotte weitere 14.500 Flugzeuge benötigt, soll die amerikanische Flugzeugindustrie in die Lage versetzt werden, bereits im Frieden jährlich rund 6.000 Maschinen zu produzieren. Die Kriegsproduktion betrug bekanntlich ein Vielfaches dieser Zahl.

Als Handicap für die eigene militärische Stärke betrachtet man das Fehlen eines erstklassigen Spionagedienstes, den Mangel an Auszubildnern und Unteroffizieren, und an verschiedenen Rohstoffen, sowie die Verpflichtung, Westeuropas Verteidigung aufzubauen. Diesen Manko aber steht eine Reihe von bereits bestehenden Vorteilen gegenüber, an erster Stelle der Besitz der Atombombe. Dazu zählen weiter die Verfügungsmöglichkeit über die mächtigste Luftwaffe der Welt, beachtenswerte Fortschritte auf dem Gebiet des Düsen- und Raketenwesens, ein gewaltiges, unerreichtes, industrielles Potential und schliesslich das Bewusstsein, den Lebensmittelbedarf des amerikanischen Volkes aus der eigenen Produktion decken zu können.

Atombomben besitzen die USA nach zuverlässigen Angaben jetzt 400 von Typ Mark II, die erstmals auf Nagasaki abgeworfen wurden. Bis 1950 hofft man, den Vorrat an Atombomben auf 1000 erhöht zu haben. Die Herstellung einer in der Wirkung noch weit verheerenderen Atombombe wird in Kürze in grossem Umfang aufgenommen werden, wenn das z.Z. im Bau befindliche Werk in Hanford fertiggestellt ist. Die meisten Atombomben werden der Luftwaffe ausghändigt, ein Teil geht aber auch als Atom-Minen an die Marine. Versuche haben ergeben, daß diese, selbst wenn sie in einer Tiefe von 1000 m zur Explosion gebracht werden, auch die Panzerungen der

der stärksten Schleichschiffe aufreissen. Ein Abfallprodukt der Atombombe, der sogenannte "Todesstaub", steht ebenfalls in grossen Mengen einsatzbereit. Dieser "Todesstaub", dessen Wirkung zeitlich begrenzt ist, kann vor allem zur Demoralisierung der Zivilbevölkerung verwendet werden. Er soll vornehmlich den Einsatz von Fallschirmjägern erheblich erleichtern.

Grosse Fortschritte sind von der amerikanischen Forschung auf dem Gebiet des bakteriologischen Krieges gemacht worden. Nach dreijährigen Versuchen ist die US-Luftwaffe jetzt mit den ersten sogenannten "Keim-Waffen" ausgestattet worden. Die "biologische Bombe" Mark I besteht aus einer Traube dünner Röhren, von denen jede mit einer Kultur virulenter Bakterien geladen ist. Über dem Ziel abgeworfen, explodieren diese Röhren und streuen in Form feinen Sprühnebens Bakterien aus. Eine einzige Bombe vermag rund tausend Personen anzustecken. Stärkere Bomben lehnt der amerikanische Generalstab ab, weil sonst zu leicht Epidemien ausgelöst werden könnten, durch die die Besetzung des betroffenen Gebietes verzögert würde. In Camp Detrick, wo diese biologische Bombe hergestellt wird, wird gleichzeitig auch ein wirksamer Impfstoff hergestellt, der die Truppen gegen die Bakterien immun macht. Die "biologische Bombe" ist wesentlich billiger und leichter zu fabrizieren als die Atombombe.

Auf dem Gebiete des Raketenwesens ist unter Mithilfe neuerhafter deutscher Wissenschaftler, an deren Spitze der Erfinder der V2, Werner von Braun, steht, das Problem der Lenkung von Geschossen, die schneller als Schall sind, nach bestimmten Zielen weitgehend gelöst worden. Man hat neue Raketen konstruiert, die besonders für die Abwehr von Bombenflugzeugen gedacht sind, ausserdem aber ist man jetzt dabei, eine verbesserte V2 herzustellen, die über tausend Kilo hochexplosiven Sprengstoff bis zu einer Entfernung von 300 km transportieren und von Schiffen aus auf bestimmte Landziele abgefeuert werden kann. Das letzte Ziel, eine ferngesteuerte Rakete zum Transport von Atombomben, ist dagegen bisher noch nicht erreicht worden und dürfte auch in den nächsten zehn Jahren kaum erreicht werden.

Von amerikanischen Chemikern wurden inzwischen die Kampffähigkeiten des deutschen Giftgases Sarin verbessert, das in seiner Wirkung tausendmal stärker ist als das Senfgas. Es ist farb- und geruchlos und kann von tieffliegenden Maschinen ausgestreut werden. Das deutsche Werk, in dem Sarin hergestellt wurde, steht jetzt unter russischer Kontrolle. Die USA haben sich jedoch der meisten Chemiker bedient, die in dem Werk operierten. (m/223/200/2/20)

Bayerische Wahlrechts-Experimente

Von Dr. Arnold Hilke, Mitglied des Bayer. Landtages

Der bayerische Landtag befasst sich zur Zeit mit einem Regierungsgesetzesentwurf über Landtagewahl, Volksbegehren und Volksentscheid - "Landeswahlgesetz" genannt. Der Rechts- und Verfassungsausschuss hat in diesen Tagen die erste Lesung des Gesetzes beendet.

Volksbegehren und Volksentscheid sind nicht nur in der bayerischen, sondern in allen demokratischen Verfassungen als das primärste Recht des Volkes, seinen Willen zu äussern, verankert.

Die Verkopplung des Landtagswahlgesetzes mit dem Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid bedeutet keine gesetzestech-
nische Vereinfachung, weil nur die Bestimmungen über die Ausübung
des aktiven Wahl- bzw. Abstimmungsrechts die gleichen sind. Alle
übrigen Rechtmaterien sind im Grundsätzlichen sowohl wie im For-
mellen vollkommen verschieden. Das bisherige Landtagswahlgesetz
(Landeswahlgesetz) ist ein Regierungsgesetz - also vom Ministerprä-
sidenten kraft der ihm von der Militärregierung erteilter Vollmacht
und mit deren Zustimmung erlassen worden. Die hier zur Kritik
stehende Vorlage sieht einige grundlegende Abweichungen von der
bisherigen Regelung vor. Während bisher die Kandidaten nur in
Stimmkreisen innerhalb eines Wahlkreises (Regierungsbezirks) auf-
gestellt werden durften, sollen die Parteien berechtigt sein, ein-
nen Wahlkreisvorschlag aufzustellen, dem 10 Prozent der in den
Stimmkreisen abgegebenen Stimmen zugeteilt werden sollen. Damit
will man Fachleuten, die weniger bekannt, aber für die Gesetzes-
arbeit notwendig sind, in den Landtag verhelfen. Die Mehrheit des
Verfassungsausschusses hat gegen diese Regelung gestimmt, weil sie
befürchtet, daß auf diesem Umweg sich die Parteibürokratie eine
Vormachtstellung verschaffen könnte und das Prinzip der Personen-
wahl verletzt werden würde. Mit der gleichen Begründung wurde die
Bestimmung abgelehnt, wonach der Name des Stimmkreiskandidaten
zugunsten der gewählten Partei - also der Wahlkreiskandidaten -
gestrichen werden kann. Die bisher mögliche Verrechnung der Rest-
stimmen, die sich innerhalb eines Wahlkreises für die verschiede-
nen Wahlvorschläge ergeben, mit den Reststimmen der gleichen Wahl-
vorschläge (Parteien) der anderen (6) Wahlkreise wurde wegen an-
geblicher Verfassungswidrigkeit - Art. 14, Abs. 3 der Verfassung -
abgelehnt und damit jeder der 7 Wahlkreise zu einem in sich ge-
schlossenen Wahlkörper erklärt.

Nach der Regierungsvorlage muß der Antrag auf Einleitung eines
Volksbegehrens von 50 000 Stimmberechtigten unterzeichnet sein,
während nach den Bestimmungen, die von 1919 - 1933 galten, es nur
5 000 zu sein brauchten. Gegen die Stimmen der SPD wurde diese
Bestimmung angenommen.

Stundenlange, z. T. heftige Auseinandersetzungen brachten alle
grundlegenden Bestimmungen über den Volksentscheid. Die Regierungsvor-
lage verlangt für verfassungsändernde Gesetze nicht nur die Be-
teiligung von mehr als der Hälfte, sondern auch für die Zustimmung
zu dem im Volksentscheid vorgelegten Gesetz von mehr als 40 v.H.
der Stimmberechtigten. Wenn also die Regierungsparteien Stimment-
haltung propagieren - und sie werden es in der Regel tun - hat
ein Volksentscheid nur selten Aussicht auf Erfolg. Diese Bestim-
mung hat einen besonderen Akzent noch insofern, als Parteien,
die infolge der 10 Prozent-Klausel keine Aussicht haben, wieder

wieder im Landtag vertreten zu sein, den Volksentscheid sabotieren werden. Diese Vermutung trifft besonders auf einen Volksentscheid auf Landtagsauflösung zu, für den die gleiche Stimmbeteiligung wie für verfassungsändernde Gesetze verlangt wird. Die Opposition konnte diese Bestimmungen nicht zum Fall bringen.

Ob im Plenum des Landtages eine fortschrittlichere Änderung der Regierungsvorlage erfolgen wird, soweit die Mehrheit des Verfassungsausschusses sie nicht revidiert hat, ist unwahrscheinlich. Damit würde aber die Institution des Volksentscheides das gleiche Schicksal erleben wie in der Weimarer Republik und eine wesentliche Einrichtung demokratischer Willensäußerung zur Wirkungslosigkeit verurteilen.
(b/hi/2/209/hs)

Moralischer Sieg der schweidischen Sozialdemokraten

sp. Weder Überraschung, noch Erdrutsch - in diesem Satz könnte man das Ergebnis der schweidischen Reichstagswahl zusammenfassen. Das Resultat entspricht der allgemeinen Erwartung und bestätigt die Tendenzen, die in den letzten größeren Wahlen, den Gemeindewahlen von 1946 zum politischen Tageslicht drängten. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, daß die Liberale Volkspartei als einzige Partei gewonnen hat. Sie hat ihre Position um 31 auf 57 Mandate verbessert, ohne daß ihr aber dieser Sieg die Aussicht gibt, ihre Politik durchzusetzen. Alle anderen Parteien haben an die Liberalen Mandate abgegeben, und zwar die Sozialdemokraten drei, die Bauernpartei fünf, die Konservativen 17 und die Kommunisten sechs Sitze. Die Sozialdemokratie hat wahrscheinlich mehr als die drei sichtbaren Mandate an die Liberalen verloren, durch Übernahme der sechs kommunistischen Mandate das Verhältnis aber ausgewogen.

Der Verlust von drei Mandaten trotz erheblichem Stimmengewinn konnte die Sozialdemokraten nicht aus ihrer Stellung als größte Partei des Landes verdrängen. Zwar verfügen sie mit 112 nicht mehr wie bisher über die Hälfte aller Reichstagsitze (115), aber der Anspruch auf die Führung der Regierung konnte ihnen damit nicht genommen werden. Sie werden sich nach einem Koalitionspartner umsehen müssen. Nach der Lage der Dinge wird dieser Partner vermutlich in der Bauernpartei zu suchen sein. Der Wahlkampf hat eine solche Konstellation von vornherein nicht verbaut.

Trotz des Verlustes von drei Mandaten ist das Wahlergebnis als ein großer Erfolg der Sozialdemokratie zu werten, die undogmatisch und unbeschwert von doktrinären Einflüssen seit Jahren die Geschichte des Landes lenkt. Als Regierungspartei hatte sie die nirgends zu vermeidende Unzufriedenheit aufzufangen; das Wahlergebnis zeigt, daß ihr dies weitaus besser gelungen ist, als selbst ihre Gegner gehofft haben. Das Schwergewicht der Innenpolitik.

liegt auf wirtschaftspolitischen Gebiet. Hier hatte sich die Sozialdemokratie die undankbare Aufgabe gestellt, die Wirtschaft des Landes aus den Fährnissen der Nachkriegsereignisse herauszuführen. Das Land hat zwar nicht am Krieg teilgenommen, doch blieben die allgemeinen wirtschaftlichen Folgeerscheinungen nicht ohne Einfluss auch auf Schweden. Die Sozialdemokraten waren der Ansicht, dass das Land ohne Erschütterungen nur zu verwalten sei, wenn man Ein- und Ausfuhr, Nationaleinkommen und Staatsfinanzen nach einem elastischen Plan sorgfältig gegeneinander abwog und solcherart die Hand immer am Pulse des Lebensstandards der Bevölkerung hatte. In der Wahlschlacht konnten die Sozialdemokraten darauf verweisen, dass durch ihre Wirtschaftspolitik der Realwert der Löhne und Gehälter heute zehn Prozent über dem Realwert von 1939 liegt, eine Tatsache, die kein anderes europäisches Land aufzuweisen hat. Als schärfster Gegner der gelenkten Wirtschaft sind die Liberalen aufgetreten, die unter ihren Leiter, Prof. Ohling, angelehnt an die Wirtschaftstheorien des Schweizer Röpke, dem Wirtschaftsliberalismus das Wort predigen. Allerdings sehen auch die Liberalen das Allheilmittel nicht in einem völlig ungebundenen "freien Spiel der Kräfte"; was sie der gelenkten Wirtschaft der Sozialdemokratie entgegenzusetzen wollen, fassen sie unter der Bezeichnung "Rahmenplanung" zusammen.

Der Unterschied zwischen den beiden Systemen ist nicht gross, er liegt mehr auf dem taktischen als auf dem grundsätzlichen Gebiet. Der Kampf der Liberalen gegen die Sozialdemokratie geht also im wesentlichen darum, nach Jahren der sozialdemokratischen Vorherrschaft einmal ans Ruder zu kommen und neue Männer die alte Politik mit einigen Änderungen fortsetzen zu lassen. Vor solchen Experimenten scheuen die Schweden zurück und sie blieben bei den Sozialdemokraten, deren Politik den Lebensstandard der breiten Massen zugutekommt und nun in einer jahrelangen kontinuierlichen Aufbauarbeit allmählich wirksame Erfolge zeitigt. (2/209/2/he)

Wieder schlechter Gesundheitszustand der Russlandheimkehrer

sp. Gegenüber dem Monat Juli konnte im August keine wesentliche Steigerung der Entlassungen aus russischer Kriegsgefangenschaft in die britische Zone festgestellt werden, wie die Kriegsgefangenenhilfe der SPD mitteilt. Insgesamt passierten das Lager Friedland 9.888 Kriegsgefangene und Verschleppte. In dieser Zahl einbegriffen sind 401 Frauen. Eine Steigerung ist nur bei den Einweisungen in die Krankenhäuser zu verzeichnen. Während diese Ziffer in den vergangenen Monaten auf knapp 15% der Heimkehrer absank, stieg sie im August 1948 wieder auf 20% der Gesamtquote, in absoluten Zahlen 1.927 einschl. Frauen 75. Auch der Gesundheitszustand der nicht in Krankenhäuser Eingewiesenen war im August wesentlich ungünstiger als in den vorangegangenen Monaten. (1/31/209/2/he)

Pétain und de Gaulle

sp. In Paris kolportiert man folgende Geschichte: Der jetzt 93-jährige Marschall Pétain, der auf einem Fort seine Strafe absitzt, liess sich jüngst in seiner Gefängniszelle ein neues Bücherbord anbringen. Als er den Arbeitern zeigte, wo er es angebracht wünscht, meinten diese, das sei doch viel zu hoch für ihn. Da wüsst er ja immer auf einen Stuhl steigen, um ein Buch herunterzuholen. "Für mich", erwiderte Pétain lachend, "ist es vielleicht wirklich zu hoch, aber für meinen Nachfolger wird es gerade recht sein. Sie wissen doch, er ist sehr gross...."

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt